

SILVIO GESELL

Leseprobe 11

Staat und Politik

Auszug aus

**„Reichtum und Armut gehören
nicht in einen geordneten Staat.“**

Werkauswahl zum 150. Geburtstag
zusammengestellt von Werner Onken

VERLAG FÜR
SOZIAL
ÖKONOMIE

Staat und Politik

„Auf die Unwissenheit der großen Masse baut der Tyrann seinen Thron, denn ein gebildeter Mensch lässt sich nicht als Werkzeug der Tyrannei gebrauchen. Der Feind der Freiheit und der Grund der ungleichen Verteilung der Güter liegen in der Unwissenheit der Volksmassen. Aber der Staat hat die Pflicht, jedem Bürger seine Freiheit, sein Eigentum zu garantieren. Und dies kann der Staat nur dadurch erreichen, dass er die Volksmassen aufklärt. Und dazu ist die Schule bestimmt. ... Gesetze dienen als Garantie der Freiheit und nur zu diesem Zweck allein werden sie erlassen. Jedes Gesetz, welches andere Zwecke verfolgt, ist unnütz und schädlich, weil diese die Freiheit beschränken.“

Nervus rerum (1891), in: Band 1, S. 136 und 142.

„Das Geld empfängt seine innere und äußere Gestalt von der gesetzgebenden Majorität der Wähler. Von der Solidität der Wähler hängt also allein die Solidität der Währung ab. Wie nun, wenn diese gesetzgebende Majorität in Währungsfragen unerfahren ist? Ist nicht die Unwissenheit der fette Boden für alle Arten der Puscherei?“

Die argentinische Geldwirtschaft und ihre Lehren (1900), in: Band 2, S. 285.

„Das Recht ist unter allen nur denkbaren Verhältnissen immer nur ein Almosen des Stärksten.“

Krieg und Bodenmonopol (1904), in: Band 3, S. 321.

„Die Bodenreform ist der schönste und reinste Ausdruck der Demokratie. Und wer für die Bodenreform arbeitet, der ist bewusst oder unbewusst dem innersten Wesen nach Demokrat.“

Brief an Ph. W. Dressel vom 23.5. 1904 aus Les Hauts Geneveys, in: Band 18, S. 36.

„Politik, die nicht mehr von Privatinteressen geleitet wird, sondern von der höheren Werte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern Wissenschaft, reine Wissenschaft. Die Volksvertreter werden sich also in alle Staatsangelegenheiten wissenschaftlich vertiefen und eine Arbeitsweise sich aneignen müssen, bei der alle Leidenschaften schweigen und wo man mit nüchternem Sinne die nüchterne Materie mit Hilfe der Statistik und Mathematik prüfen wird. ...

Mit der Bodenreform wird die heutige Parteipolitik wesenlos. Politik und Grundrente sind eins. Zwar wird damit das Parlament nicht überflüssig, aber es wird von jetzt ab ganz andere Aufgaben zu lösen haben – Aufgaben, bei denen das Privatinteresse völlig ausgeschlossen sein wird. Es werden wissenschaftliche Kongresse abgehalten

werden, und statt dass man Vertreter in das Parlament schickt, die über alles und jedes zu urteilen haben, wird man Fachmänner für jede einzelne Frage entsenden.“

Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag (1906), in: Band 4, S. 68 und 70.

„Nicht ohne ernste Gründe verlangen die Anarchisten die Abschaffung aller geschriebenen Gesetze, der toten Buchstaben, und ihre Ersetzung durch lebendige, von den Bedürfnissen des Lebens und des Augenblicks eingegebene Gesetze.“

La pletora monetaria de 1909 y la anemia monetaria de 1898 (1909), in: Band 5, S. 210.

„Die Gleichgültigkeit des Volkes, der Wissenschaft, der Presse, des Handelsstandes gegenüber der Theorie des Geldes ist so groß, dass man schon Mühe hätte, im Millionenreich der Deutschen nur ein Dutzend Männer zusammenzubringen, mit denen sich überhaupt die Theorie des Geldes ernsthaft besprechen ließe. ... Die Deckung und Sicherheit kann das Geld nur in dem Vorhandensein einer mit den Währungsfragen vertrauten Schar von Männern finden, die die Sophismen der Pfuscher durchschauen und als solche vor dem Volke entlarven. Alles andere ist Schwindel, Chimäre, Bier. ... Die Sicherung des Geldes kann nur allein dadurch erzielt werden, dass gesunde währungspolitische Anschauungen Gemeingut des Volkes und der Machthaber werden.“

Die neue Lehre vom Geld und Zins (1911), in: Band 6, S. 62, 64 und 71.

„Der Staat fällt immer so aus wie ihn die herrschende Klasse braucht. ... Den Staat treibt es wie jede Organisation zur Entwicklung seiner selbst. Er strebt danach, sich immer unentbehrlicher zu machen. Kein Beamter wird jemals den Abbau des Staates vorschlagen.“

Der Abbau des Staates (1919), in: Band 10, S. 218 und 228.

„Überall, wo wir ohne den Staat auskommen können, wollen wir abbauen. Es wird sich dann zeigen, dass dieser Abbau bis auf das Verkehrswesen – Geld, Post, Eisenbahnen, Telegraf, Schifffahrt – den gesamten heutigen Staatsbetrieb umfassen kann. ... Jede Gemeinde soll ein eigenes, ganz unabhängiges Strafrecht haben und es ausbauen, so wie sie es versteht. ... Die Entstaatlichung des Rechts- und Gerichtswesens kann man sich ungefähr wie folgt denken: Jede Gemeinde hat ihr eigenes bürgerliches Gesetzbuch, ihr Strafrecht, ihr Handelsrecht.“

Der Abbau des Staates (1919), in: Band 10, S. 224 und 235.

„Den Parteien, samt und sonders, fehlt das wirtschaftliche Programm. Zusammengehalten werde sie alle nur durch Schlagworte.“

Vorwort zur 4. Auflage von Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1920), in: Band 11, S. XXV.

„Nehmen wir einmal an, wir beschlössen, in Deutschland den Arbeitern das Leben freundlicher zu gestalten, wozu uns zum Beispiel das Verbot von Rauschgetränken die Mittel liefern würde. Abgesehen davon, dass das Alkoholverbot an sich schon das Leben der Arbeiter und namentlich das ihrer Frauen verschönern würde, könnten wir die Milliarden, die die Rauschgetränke dem Volke unmittelbar und namentlich mittelbar kosten, für einen kräftigen Mutterschutz in Form einer monatlichen Reichszulage zu den Aufzuchtkosten jedes Kindes verwenden. Oder auch für bessere Schulen, zahlreiche öffentliche Lesehallen, Theaterbeihilfen, Kirchenbauten, staatliche Freikonditoreien, Volksfeste, Versammlungshallen usw.“

Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1920), in: Band 11, S. 20-21.

„Politik, die nicht mehr von Sonderbestrebungen geleitet wird, vielmehr allein von der höheren Warte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern angewandte Wissenschaft.“

Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1920), in: Band 11, S. 89.

„Über allen Gesetzen, über dem Staat und seinen provisorischen Interessen steht das Ewige, der nach dem Kompass des Gewissens handelnde Mensch. Weg mit den Gesetzen, die dem Menschen nicht gestatten, sich als Mensch zu gebärden. Der Mensch, nicht der Staat, ist das Maß aller Dinge.“

Verteidigungsrede (1919/20), in: Band 12, S. 34.

„Wenn die Preise fallen, so steigt die Zahl der Verbrechen. ... So kann man in der letzten schroffsten Folgerung sagen, dass die Emissionsbank mit ihrer Politik die Kirchhöfe, die Kranken-, Waisen- und Zuchthäuser bevölkert. ... Die meisten anarchistischen Attentate fanden in Baisse-Zeiten statt. Für diese Taten sind die Notenbanken vielleicht eher verantwortlich zu machen als die anarchistische Literatur.“

Aktive Währungspolitik (2. Aufl. 1921), in: Band 12, S. 363-365.

„Die währungspolitische Schulung der Volksmasse bietet die beste, wenn nicht die einzige Gewähr gegen die bislang geübte Puscherei und Quacksalberei. ... Es wäre doch so nötig, dass das Volk en masse wenigstens eine Generation lang sich gründlich mit den Währungsangelegenheiten befasste, damit alle die aus dem Altertum auf uns überkommenen Vorurteile endlich einmal abgeworfen werden und die national-ökonomische Sprache die für eine schnelle und sichere Verständigung nötige Reinigung erführe.“

Aktive Währungspolitik (2. Aufl. 1921), in: Band 12, S. 373.

„Das ist eben die Kehrseite der Demokratie, dass nur das geschieht, was ein Demokrat begreifen kann. Und in der Zwischenzeit vergehen die Jahre und wir geraten immer tiefer in den Sumpf. ... Nun, wir denken, dass im Brutofen der Not das Verständnis bald zur Reife, wenn auch nur zur Notreife gelangen wird.“

Die Vervollständigung des Programms des Reichsfinanzministers (1921), in: Band 13, S. 176 und 179.

„Bisher behelfen wir uns mit der Papiergeldwirtschaft, die als das letzte Hilfsmittel aller bankrotten Regierungen zu betrachten ist. Weil die Wählermassen, die unser Parlament bilden, keine Ahnung haben von den wirtschaftlichen Zusammenhängen, konnte die Reichsregierung bisher die notwendigen finanziellen Maßnahmen nicht treffen, ja nicht einmal in Vorschlag bringen oder in Erwägung ziehen, da ihre Notwendigkeit vom Reichstag ja doch nicht eingesehen worden wäre. So zwang das demokratische System die Regierung zu Maßnahmen, die mit der Zeit den Sturz der Demokratie oder aber den Untergang von Volk und Staat herbeiführen müssen. Demokratie im Klassenstaat ist nur als Demagogie denkbar. Die ideale Demokratie, wie sie unsere Verfassung vielleicht erstrebte, setzt die spurlose Versenkung des Klassenstaates und einen bis zur völligen Durchsichtigkeit vereinfachten Staatsbetrieb voraus. Der Staatsbetrieb muss bis in alle Einzelheiten hinab für die Massen kontrollierbar sein. Sonst verfällt der Staat rettungslos den Demagogen. ... Die auseinanderstrebenden Privatinteressen im Klassenstaat leisten der Lüge, nicht der Wahrheit Vorschub. ... Am Mangel an geistigen Fassungsvermögen liegt es nicht. So schwer sind die hier zu lösenden Probleme nicht. Die Lüge, die der Klassenstaat zu seiner Verteidigung braucht, versperrt der Einsicht den Weg.“

Denkschrift an die deutschen Gewerkschaften zum Gebrauch bei ihren Aktionen in der Frage der Währung, der Valuta und der Reparationen (1922), in: Band 13, S. 294-295.

„Es kann immer nur das durchgesetzt werden, was dem Verstande der Mehrheit erreichbar ist; und das ist nicht viel. Dinge, die vertieftes Studium zu ihrem Verständnis erfordern, lassen sich demokratisch überhaupt nicht durchsetzen. ... Ihr werdet schon sehen, was aus einer Demokratie wird, wenn die Majorität, wie es bei uns der Fall ist, sich von Phrasenhelden in Staatsangelegenheiten leiten lässt. Die Demokratie ist kein billiger Bazarartikel; sie kann nur dann ein Staatswesen zur Blüte bringen, wenn sich das ganze Volk der Mühe unterzieht, die Staatsangelegenheiten gründlich zu studieren.“

Der verblüffte Sozialdemokrat (1922), in: Band 14, S. 33 und 47.

„Wir nehmen die Forderung auf, dass alle öffentlichen Angelegenheiten auch vom Volke geführt werden sollen. Wir entziehen diese Forderung der Domäne der Phrase, indem wir der Demokratie alle wirtschaftlichen Hindernisse aus dem Weg räumen, die sie bisher noch überall unmöglich gemacht und in den Augen breiter Massen diskre-

ditiert haben. Soziale Gerechtigkeit auf freiheitlicher Grundlage, die theoretische Hauptforderung der Demokratie, ist nur auf freiwirtschaftlichem Boden zu verwirklichen.“

Die Diktatur der Not (1922), in: Band 14, S. 91.

„Wir werden einsehen, dass die Währungsfrage vom ganzen Volk studiert werden muss und dass es in einer Demokratie nicht angeht, dass das Volk sich in lebenswichtigen Fragen auf das Urteil von einigen Männern verlässt, namentlich dann nicht, wenn es sich wie in diesem Falle um eine hochpolitische Angelegenheit handelt und man immer mit der Möglichkeit rechnen muss, dass das Urteil der ‚Sachverständigen‘ durch Privatinteressen getrübt wird. In einer Autokratie genügt es, wenn ein Mann die Währungsfrage studiert. In der Demokratie muss das ganze Volk sich dieser Aufgabe unterziehen, wenn die Demokratie nicht den Demagogen verfallen soll.“

Vorwort zur 6. Auflage der Natürlichen Wirtschaftsordnung (1923), in: Band 11, S. 398.

„Ich halte die Demokratie für die denkbar beste oder auch für die am wenigsten schlechte Staatsform. Die Aufgaben, die der von den Monarchen und Kapitalisten zu ihrem Schutze, zur persönlichen Macht ausgebaute Staat der Demokratie stellt, sind schlechterdings unlösbar. ... Demokratie wird Plutokratie sein und bleiben, bis wir die wirtschaftlichen Grundlagen für eine wahre Demokratie geschaffen haben. Und alle Revolutionen und Putsche werden nichts daran ändern können. Denn auch noch die Revolutionäre steckt derjenige in den Sack, der Geld hat, der mehr Geld hat als die anderen.“

Die Bewaffnung des Proletariats (1923), in: Band 14, S. 224 und 227.

„Auch in der Schweiz hat jeder sein Infanteriegewehr neben seinem Bette hängen. ... Die Reichswehr ist die ausschlaggebende Partei. Wenn neben der Reichswehr noch jeder Bürger ein Gewehr und zwei Lanzen im Hause hätte, dann wäre die Lage nicht so kritisch. Entweder hat jeder Waffen oder niemand soll welche haben.“

Die stärkste Partei (1923), in: Band 14, S. 363.

„Wer als Gesetzgeber es duldet, dass die Mündelgelder den Interessen der Mächtigen im Staate geopfert werden, der hat alles Ansehen für sich und seine Nachkommen auf alle Zeiten verwirkt. Also fort mit ihnen, den Sozialdemokraten, den Deutschnationalen, den Demokraten, den Zentrumsmännern!! Es ist ja dieselbe naive Gesellschaft, die 1919 in Weimar die Reichsverfassung schuf und dabei vergaß, den Grund jeder modernen Gesellschaft (die Währung) in die Verfassung einzubauen!!! ...

Wir haben neben dem Reichstag einen Reichswirtschaftsrat. Er ist zwar in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht unabhängig von den politischen Parteien. ... Immerhin, die Art und Weise seiner Zusammensetzung birgt doch eine gewisse Gewähr in sich, dass dort die öffentlichen Angelegenheiten nicht absolut von der Parteidisziplin be-

herrscht werden. Es soll dort tatsächlich mehr sachlich debattiert werden. Es sind Leute darunter, denen Devisen und Valuta keine Mädchennamen sind. Wenn der Reichswirtschaftsrat die Verfassung beraten hätte, vielleicht hätte er die Währungsfrage nicht vergessen. Es sind Leute, die zumeist im Vorstand wirtschaftlicher Organisationen sitzen, die also irgendwie wirtschaftlich orientiert sind. ... Der gesunde, sympathische Gedanke der Räteregierung, wie sie in München geplant war, kommt im Reichswirtschaftsrat zum Ausdruck.“

Der Reichstag am Pranger – Politische Vorbedingungen für die Stabilisierung der Mark (1923), in: Band 14, S. 328-329.

„Nach Abbau des Staates im oben angedeuteten Sinn und Umfang hört jede Kontrolle der Einwanderung auf. Jeder Deutsche, Zigeuner, Jude und Mongole zieht dahin, wo er glaubt, Vorteile zu finden. Niemand allerdings kümmert sich um ihn. Es ist seine Sache. Jeder hat das Recht, im Straßengraben zu verhungern. Niemand hat die Pflicht, für den ankommenden Bettler, Blinden und Lahmen zu sorgen. Der Staat ist nicht dazu da. Der Staat mischt sich in keine Privatangelegenheit.“

Wie wir Deutschland im Völkerbund vertreten würden (1926),
in: Band 16, S. 100-101.

„Man hat die Fürsten abgesetzt; wenn man aber ihre Macht brechen will, so muss man sie finanziell aufs Trockene setzen. Dasselbe ist der Fall mit den agrarischen Reaktionären. Nur durch Enteignung auch dieser auf Gedeih und Verderb mit den Fürsten verbundenen Gesellschaft können wir mit einer friedlichen Politik des deutschen Volkes rechnen. ... Nur dadurch, dass wir diese Gesellschaft ohnmächtig machen, können wir die Republik vor ihr schützen und uns selbst vor einem neuen, ebenso blödsinnigen Krieg.“

Der deutsche Pazifist und die Abrüstung (1926), in: Band 16, S. 159.

„Wer die Macht hat, der diktiert den anderen, was Recht und Unrecht, was gut und böse, was mein und dein, was zu tun und zu lassen ist. Und derselbe, der solches Recht diktiert, bestimmt auch wieder, was mit dem zu geschehen hat, der das Recht missachtet. Das Strafrecht wurde geschaffen zum Schutze des Rechtes, d.h. der hinter diesem Rechte verborgenen Interessen der Machthaber. ... Man benutzt die Qualen und Leiden des Sträflings als Erziehungsmittel für andere. ... Mit der Einführung der physiokratischen Ordnung stürzt mit so vielem anderen auch das Strafrecht. Diese Ordnung braucht nicht vor aufrührerischen Massen geschützt zu werden. Ein Strafrecht zum Schutze der Gesellschaftsordnung ist dann überflüssig. ... In dieser Ordnung gibt es keine ‚Verbrecher‘ mehr. Die Übeltäter werden dort zum Arzt geführt. ... Die Übeltäter werden kuriert und nicht gequält und geängstigt werden.“

Bedarf die physiokratische Ordnung noch gerichtlicher Strafen? (1926), in: Band 16, S. 245-247.

„In meinem ersten Versuch ‚Der Abbau des Staates‘ (1919) musste ich noch einen Rest oder Schatten eines Staates bestehen lassen, weil ich für die akralische Lösung des Geldproblems noch keine befriedigende Form gefunden hatte. Ich musste die Währung einem Währungsamt übergeben. Das brachte mir manchen Tadel aus den Kreisen der Anarchisten ein und beeinträchtigte die Werbekraft meiner Ausführungen. Diesen Mangel, eigentlich war es nur ein Schönheitsfehler, glaube ich jetzt in einer Weise behoben zu haben, die jeden Akralen befriedigen muss. ... Die Schwierigkeiten des Staatsabbaues liegen durchaus nicht auf den Gebieten, wo der Staat in seiner ganzen Pracht in Erscheinung tritt wie beim Militär, bei der Staatsschule, bei den Staatsbetrieben, bei der Zollwirtschaft. ... Die Schwierigkeiten treten viel deutlicher bei den Staatsdomänen auf, die wie die Polizei, die Ehe, das Sanitätswesen mehr im Verborgenen liegen.“

Der abgebaute Staat (1927), in: Band 16, S. 255.